

## **Alia iacta est**

Drei Perspektiven auf die BTW 2005

- mit ihrem in der BRD-Geschichte bislang einmaligen Ergebnis,
- das für das Parteiensystem und vielleicht für das politische System eine Zäsur bedeutet.

I. Wahlkampf und Wahlergebnis,

II. Problemhintergrund und politische Agenda (das Schicksal der zentralen Themen),

III. das deutsche Parteiensystem im Kontext internationaler Erfahrungen und Entwicklungen.

### **I. Wahlkampf und Wahlergebnis**

Kleine Vorbemerkung: Die Wähler haben das Wahlergebnis mit Sicherheit „nicht gewollt“. Sie wählten Parteien, nicht Wahlergebnisse.

> Rot-grün wurde abgewählt, die Alternative Schwarz-grün wurde abgelehnt.

> Die Mehrheit der Wähler (rund 55 %) entschied sich für Parteien im Mitte-Links-Spektrum. Nicht: für linke Politik, die weder von SPD noch Grünen in reiner Form vertreten wird.

> Der Wahlkampf beeinflusste das Wahlergebnis (nicht selbstverständlich):

> CDU/CSU: von einer privileg. Startposition in die Beinahe-Niederlage. Ein unscharfes, mit schlechten Botschaften überfrachtetes Programm, Ungleichgewicht von Wirtschafts- und Sozialkompetenz, keine teamfähige Führung, prononcierte Uneinheitlichkeit.

> SPD: aus einem starken Handikap zum Beinahe-Sieger.

Hätte man das Aufkommen der WASG als linke westd. Konkurrenz (wie?) verhindern können, wäre die SPD klarer Sieger geworden.

> FDP und Linkspartei: scharf profiliert,

> Grüne: Wieder als Spezialistin für (wichtige!) Partikularziele (Umwelt, Energie, Kinder, Minderheiten, kulturelle Modernität), aber kein klares Angebot für gesamtgesellschaftl. Problemlösungen.

> Der Wahlkampf veränderte die politische Agenda – mangels überzeugender Problemanalysen, z.B. der Arbeitsmarktsituation, und polarisierender Maßnahmenkritik (Steuerreformen, Subventionsabbau, Gesundheitsprämie/Kopfpauschale/ Bürgerversicherung):

Problemverdrängung (3 Jahrzehnte Massen-Alo.), Optionsvernichtung, Simplifizierung & Verschleierung → unrealistische, uneinlösbare Erwartungen an die Politik.

> Das Wahlergebnis lässt nur mehrheitlich „ungewollte“ Alternativen übrig:

(1) Große Koalition: unmöglich mit Merkel oder Schröder als Kanzler, andere Kanzlerkandidaten (nur von CDU) setzen parteiinterne Klärungs-/Konfliktprozesse voraus, gegen die noch starker Widerstand besteht.

Inaltlich: wenig Gemeinsamkeiten, ideolog. Gegnerschaft, Entfremdung zwischen Mitgliedern und Führung wahrscheinlich.

(2) Schwarz-Gelb-Grün: stößt in allen drei Parteien auf starke Bedenken, aber keine definitive Ablehnung; am offensten (wg. ihrem hohen Eigengewicht) CDU/CSU, am schwierigsten für Grüne (wg. geringster Fraktionsstärke und größter ideolog.

Distanz): begrenzte Gemeinsamkeiten, ideolog. Gegnerschaft, aber nur auf seiten der Grünen droht Entfremdung zwischen Mitgliedern und Führung.

> Wahrscheinlicher Ausgang frühestens ab Ende nächster Woche erkennbar, wenn die neue Situation voll akzeptiert und zum realen Ausgangspunkt strategischer Überlegungen genommen wird. Zur Zeit gilt:

> was ausdrücklich gewollt wird, ist unreal, also unmöglich,

> was entschieden ausgeschlossen wird, ist vermutlich tatsächlich ausgeschlossen,

> was als schwierig oder unzumutbar abgelehnt wird, gehört zu den realisierbaren Optionen.

Denn eine klare, prinzipienbewusste Positionierung nach der Wahl ist die unabdingbare Voraussetzung, um Kredit für innovative Vorschläge zu bekommen.

## II. Problemhintergrund und politische Agenda

Am 21.07. hat Bundespräsident Köhler den Weg zu Neuwahlen freigemacht, weil das Land „vor gewaltigen Aufgaben“ steht, zu deren Bewältigung es „eine verlässliche, handlungsfähige Mehrheit im Bundestag“ braucht.

Das war eine Fehlkalkulation. Alle denkbaren Koalitionen werden mehr internen Sprengstoff bergen als SPD und Grüne 2002-05.

Was das bedeutet, macht aber erst ein Blick auf die Problemlage klar. Dazu zählen:

> die **Arbeitslosigkeit** im Umfang von rund 6,5 Mio. Menschen, die mit einer niedrigen Ewerbsquote (um 65 %) und relativ geringer Frauenerwerbstätigkeit einhergeht,

> den unzureichenden **Wachstumsraten** des Sozialprodukts (die im Zusammenhang mit der Unterauslastung des Faktors Arbeitskraft infolge geringer Jahresstundenzahl, Frühverrentung und Arbeitslosigkeit stehen),

> dem Zurückbleiben der dt. Wirtschaft auf den Gebieten **Forschung und Entwicklung** sowie den Qualitätsmängeln im Bildungssystem (v.a. vorschulische Erziehung, Grundschule und Universität),

> der Unterentwicklung der **Dienstleistungssektoren** (kommerzielle, öffentlich-staatliche

und private), die auf die geringe Lohnspreizung zurückzuführen ist,  
> der korporatistischen Verfasstheit der **Arbeitsbeziehungen**, die eine für die moderne Arbeitswelt ungünstige Lohnstruktur, hohe Lohnnebenkosten, eine tendenziell veraltetes Berufsbildungssystem und erhebliche Mobilitätshindernisse bedingt, und  
> das System **sozialstaatlicher Sicherung**, das aus den bismarckschen Sozialreformen entstand und heute in der Hauptsache dem Risikoschutz der Mittelschichten dient.

Nur als Beispiel: Was steht an Reformen auf den Gebieten der **Sozialpolitik** an? Hier beschränken sich die politischen Optionen auf eine gewisse Bandbreite von problemadäquaten Alternativen.

(1) die **Verringerung des Lohnkostendrucks** der Sozialabgaben und der direkten Steuern. Dafür eignen sich eine Ausweitung der Beitragspflicht auf **alle** Einkommensarten und die Ausdehnung des Kreises der Pflichtversicherten. Die Finanzierungslast der Solidarinstitutionen muss breiter verteilt und damit von den lohnabhängig Beschäftigten auf **alle** Bürger ausgeweitet werden. Das bedarf sozialer Ausgleichsmechanismen und ist kaum ohne Einbeziehung der indirekten (Verbrauchs-) Steuern zu machen sein.

(2) Die Versorgungsansprüche bei Alter und Krankheit müssen neujustiert, im Klartext: begrenzt werden. Das bedeutet die **Abkehr vom Prinzip der Status- bzw.**

**Besitzstandssicherung**. Der Sozialstaat der Zukunft wird seinen Bürgern nurmehr einen Anspruch auf Grundversorgung und Schutz vor lebens- bzw. existenzbedrohenden Risiken garantieren können.

Eine dem Erwerbsstatus entsprechende Lebensführung bei Arbeitsunfähigkeit und im Alter ist nur durch zusätzliche private Vorsorge möglich. Ähnliches gilt womöglich auch für die Absicherung vorhersehbarer und damit prinzipiell versicherbarer individueller Risiken. Mit der garantierten Grundversorgung und der Absicherung unvorhersehbarer Risiken bleibt das **Solidaritätsprinzip gewahrt**.

(3) An die Stelle des Anspruchs auf angemessenen Lebensunterhalt tritt die Staatsaufgabe, die Individuen weitaus besser, effektiver und nachhaltiger als bisher zu befähigen, **selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen**. Dem entspricht das Prinzip „Fördern und Fordern“, v.a. aber ein höheres Niveau der allgemeinen Schulbildung und die breite Vermittlung anspruchsvoller Basisqualifikationen → Ziel der besseren „employability“.

Das – und ein deutlicher Abbau der im Arbeits-, Tarif- und Gewererecht bestehenden Mobilitätshindernisse – ist die entscheidende Voraussetzung, damit die Menschen mit dem beschleunigten Berufs- und Strukturwandel zurechtkommen.

Outsourcing, Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer und sinkende Nachfrage nach Angelernten und Facharbeitern können und müssen durch Höherqualifizierung und räumliche wie soziale Mobilität beantwortet werden. Dazu gehören auch niedrig entlohnte Jobs sowie eine Vielzahl von Pfaden und Leitern, um in besser entlohnte Bereiche zu wechseln.

Meine ganz persönliche Auffassung: Es ist allen Menschen zuzumuten, vorübergehend (z.B. wenn sie noch jung sind) in Niedriglohnjobs zu arbeiten. Aber es ist niemandem zuzumuten, für den Großteil seiner Erwerbsbiographie im

Niedriglohnsektor gefangen zu bleiben. Aus diesem Grund plädiere ich für Deregulierung im Arbeitsrecht, breite Basisqualifikationen und gezielte Individualförderung in der schulischen Bildung.

Das hier Gesagte, gilt nur für den Bereich der Sozialpolitik! Auf den anderen Gebieten geht es in Zukunft um ähnlich tiefgreifende Reformen.

Seit Beginn des Wahlkampfs wissen wir allerdings, dass keine Partei den ganzen Problemumfang in den Blick nimmt.

> Die SPD begnügte sich im Wahlkampf mit der Formel „Weitermachen gegen Aufhören“ (FAZ 31.08.05). Sie setzte auf späte Wirkungen der bereits vorgenommenen Reformen. Alles Weitergehende wurde strikt abgelehnt. Was der Kanzler meinte, wenn er um ein Mandat für die Fortsetzung des Reformkurses warb, blieb im Dunkeln.

> Die übrigen Parteien suchten sich aus dem Problemkatalog nur jene Teile heraus, die zu den Forderungen ihrer bevorzugten Klientel passen. Besonders krass FDP und Linkspartei, etwas differenzierter die Grünen.

Nach der Wahl stehen die Chancen nicht sonderlich besser. Vielleicht würde die „Jamaica“-Koalition etwas bewirken können?

### III. Parteiensystem im Kontext internationaler Erfahrungen

Das Wahlergebnis bestätigt, was sich auch in anderen westlichen Ländern gezeigt hat: der **Niedergang bzw. das Ende der Sozialdemokratie als eine handlungs- und gestaltungsfähige politische Kraft** (Kitschelt 1999, 2004). Sozialdemokratischen Parteien stehen heute in dem Dilemma:

1. Entweder wegen ihrer Abneigung gegen die globalisierungsbedingte Liberalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt auf die **Oppositionsbänke** verbannt zu werden **oder** die notwendigen Reformen selbst durchzuführen und dafür von ihren Wählern **bestraft** zu werden.

2. In der Anpassung an diese Situation bleiben nur die Alternativen einer **mobilisierungsschwachen** Linkspartei **oder** einer auf die Mitte des Wählerspektrums zielenden Volkspartei, die dafür das Aufkommen eines starken **linken Konkurrenten** hinnehmen muss.

In diesem Umgruppierungsprozess wandelt sich nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die vertrauten Frontlinien und Partei-Identifikationen. Die international vergleichende Parteienforschung hat wichtige Veränderungstendenzen aufgezeigt:

An die Stelle traditioneller Weltbilder rücken die **verteilungspolitischen Präferenzen** der Wähler. Damit ist die Befürwortung bzw. Ablehnung einer umverteilenden Sozialpolitik gemeint, die sich heute als „linker“ bzw. „rechter“ Positionsbezug äußert. Während Arbeiter einst überwiegend „linke“ Präferenzen bekundeten, Angestellte sowie Angehörige der

Mittelschicht dagegen eher „rechte“, ist diese Trennlinie heute weitgehend verschwunden. Beide Gruppen unterscheiden sich zunehmend durch ihre Position auf der **soziokulturellen Achse** des Parteienwettbewerbs, wo sich libertäre und autoritäre Präferenzen gegenüberstehen. Letztere werden v.a. von der zahlenmäßig schrumpfenden Arbeiterschaft hochgehalten. Libertäre Präferenzen haben ihre Heimat bei den Angehörigen professioneller Dienstleistungsberufe im Öffentlichen Dienst und in den modernen, rasch wachsenden IuK-Sektoren.

Gleichzeitig fordern die Beschäftigten in wettbewerbsgeschützten Bereichen, wie dem Öffentlichen Dienst, die Fortsetzung einer umfangreichen Umverteilungspolitik, während die in der (privaten) Wettbewerbs-Wirtschaft Beschäftigten den Umverteilungsstaat überwiegend kritisch betrachten und das, wenn es sich um Jüngere handelt, mit „libertären“ Orientierungen verbinden.

Die Parteien treffen folglich auf ein **geringer werdendes Potenzial von Wählern**, das sich **ausschließlich** und mit stabiler Präferenz **am verteilungspolitischen Konflikt orientiert**. Zunehmende Bedeutung erlangen dagegen **kombinierte Positionsbezüge** auf der verteilungspolitischen und der soziokulturellen Achse. Wer jüngere Wähler erreichen will, muss sich offen für libertäre Werte zeigen; aber je nach Erfahrungs- und Sozialisationshintergrund tendieren die Jüngeren entweder zu einem starken Verteilungsstaat (Linkspartei, tw. SPD) oder zu liberaler, wettbewerbsorientierter Politik (FDP, CDU, tw. Grüne). (Die zweite Position passt besser zu den Bedingungen des Wettbewerbs an offenen Märkten als die erste.)

**Konservative Parteien** gewinnen einen besseren Zugang zu den relativ privilegierten, in florierenden Wettbewerbssektoren beschäftigten Arbeitern, die häufig eher autoritäre als libertäre Werthaltungen pflegen. Dagegen landen bei der **Sozialdemokratie** überwiegend soziokulturell „moderne“, d.h. libertär gesinnte Wähler (vorzugsweise aus dem Öffentlichen Dienst und den von staatlichen Subventionen abhängigen Bereichen), die gleichzeitig hohe Ansprüche an einen umverteilenden Sozialstaat stellen. Sie reagieren auf Marktreformen ihrer Partei enttäuscht und wandern jetzt zur Linkspartei ab.

Weil die **konservativen Parteien** immer noch die Heimat der traditionell (autoritär) orientierten älteren Bevölkerungsgruppen (insbes. der Rentner) sind, müssen sie einen Kompromiss mit ihren wirtschaftsliberalen Zielen suchen. Sie müssen auf die Verteilungsansprüche dieser beträchtlichen Wählerklientel Rücksicht nehmen (siehe Seehofer, Laumann). Deswegen taugen die Konservativen nicht als Heimat radikal-liberaler Modernisierer. Diese wandern vielmehr ab, entweder zu (national-) liberalen Parteien des Typs FDP oder zu links-libertären Parteien des Typs Grüne (wenn diese den Liberalisierungskurs tolerieren). [Das kann man evtl. als Möglichkeitsbedingung einer „Jamaica“-Koalition verstehen.]

Generell ist die neue Parteienlandschaft durch **schwächere Parteibindungen**, eine **schrumpfende Stammwählerschaft** und stark **schwankende Wahlergebnisse** gekennzeichnet. Das wurde diesmal den Demoskopern zum verhängnis. Wie die einzelnen Wählergruppen sich verhalten, hängt immer auch von der aktuellen politischen Agenda und

den taktischen Positionsbezügen der Parteien ab. Indem sich die Parteien bemühen, aus den je aktuellen Themen das für sie „Beste“ zu machen, verlieren sie ihren Charakter als Anbieter eines je festen politischen Programms und werden zu Boutiquen mit wechselndem Sortiment.